

Initiative der Linksfraktion, Stadtpräsident erinnert an 80 Jahre Ermächtigungsgesetz

Die Annahme des Gesetzes „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ durch den Deutschen Reichstag am 23. März 1933 bedeutete das faktische Ende der Demokratie in Deutschland. Es räumte der Reichsregierung zunächst für die Dauer von mehr als vier Jahren das Recht ein, ohne Zustimmung des Reichstages Gesetze sowie Verträge mit anderen Staaten zu be- bzw. abzuschließen. Für die Annahme dieses Gesetzes war gemäß Artikel 76 der Weimarer Verfassung bei Anwesenheit von 2/3 der "gesetzlichen Mitglieder" des Reichstages- eine 2/3 – Mehrheit notwendig. Bereits am 09. März 1933 waren die Mandate der 81 KPD Abgeordneten für ungültig erklärt worden. 26 SPD Abgeordnete waren zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits verhaftet, die verbliebenen 94 stimmten gegen das Gesetz. Die Hoffnung der bürgerlichen Parteien mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz weiter existieren zu können, erfüllte sich nicht. Auch sie wurden verboten, am Ende gab es nur noch eine zugelassene Partei, die NSDAP.

Aktuelle Stunde zum Thema Soziale Teilhabe für ALG II Empfänger in Schwerin

Die LINKE hatte das Thema zehn Jahre nach der Agenda Rede des Ex – Bundeskanzlers Schröder auf die Tagesordnung setzen lassen. Erika Sembritzki führte aus, dass die oberflächlich betrachtet gute Entwicklung am Arbeitsmarkt teuer erkaufte wurde. Zwar sinken die aktuellen Arbeitslosenzahlen in Schwerin allerdings arbeiten auch in unserer Stadt viel zu viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Minijobs, ungewollte Teilzeitbeschäftigung, befristete Beschäftigungsverhältnisse oder gar Werkverträge sind leider hierzulande keine Seltenheit. Mit den im Hartz IV Regelsatz vorgesehenen knapp 40 EUR für Freizeit, Unterhaltung und Kultur soziale Teilhabe sicherzustellen, ist schwierig, um nicht zu sagen unmöglich. Umso wichtiger sind preisgünstige oder kostenlose Angebote, die jedoch im freiwilligen Bereich angesiedelt sind. Gerade dieser steht in Zeiten knapper Kassen immer als erstes auf dem Prüfstand.

Druck der Straße und konsequente Haltung der LINKEN bringen Teilerfolg im Rahmen der Haushaltberatungen

Laut und berechtigt war der Aufschrei, als Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow eine 10 Millionen EUR Streichliste vorlegte und damit der Forderung von drei selbsternannten „Sparfraktionen“ im Stadtparlament nachkam. Nachdem die Details bekannt wurden, gründete sich ein Bündnis aus Kulturschaffenden, Akteuren der Jugend- und Sozialarbeit und Stadtteilinitiativen und mobilisierte gegen die vorgeschlagenen Kürzungen. DIE LINKE erklärte von Anfang an ihre konsequent ablehnende Position. Am Ende steht nun ein Teilerfolg. Fraktionschef Gerd Böttger machte klar, dass die Rücknahme der Streichungen im Bereich Jugendarbeit, bei den Zuschüssen für den Kinderschutzbund, den Stadtteiltreff Krebsförden, die Schule der Künste, die Musikschule Ataraxia und beim Filmkunstfest richtig sind und von der Linksfraktion unterstützt werden. Die Einführung einer Kulturförderabgabe oder die Umstellung auf LED Beleuchtung werden ebenfalls befürwortet. Ein Ausspielen von Kultureinrichtungen gegeneinander lehnt DIE LINKE jedoch ab.

Marlen Janew erinnerte an fraktionsübergreifenden Kampf für den Speicher in den Jahren 1990 bis 1994 und beantragte namentliche Abstimmung, um die Privatisierung des Speichers noch abzuwenden, was leider nicht gelang. Gerd Böttger verdeutlichte, dass die drei „Sparfraktionen“ jeweils Positionen geräumt haben, für die sie noch in jüngster Vergangenheit gestritten haben. So gab die CDU/FDP Fraktion mit der Zustimmung zur Anhebung der Grundsteuer B und zur Aufgabe der Sanierung Stadionstraße gleich zwei Hauptanliegen auf. Die Fraktion SPD/Grüne mochte nicht mehr an ihre „Vorkämpferrolle“ auf dem Großen Dreesch und ihren Einsatz für ein fahrradfreundliches Schwerin erinnert werden und gab rot-grünes Licht für die Streichung von Teilen der Wohnumfeldverbesserung Berliner Platz und des Lückenschlusses beim Radweg Plater Straße – Consrade. Und die Unabhängigen Bürger, sonst stets die Fraktion, die am lautesten gegen Hundehaufen, Dreckecken und Unkraut im Stadtbild polemisiert, warf ihre Grundüberzeugungen über Bord und stimmte für die Streichung von Maßnahmen bei der SDS. Immerhin folgten die Stadtvertreter dem Antrag der Linksfraktion im Bereich der kleineren soziokulturellen Projekte. Immerhin 29.000 EUR können somit auch zukünftig für Projekte, wie die Schleifmühle zur Verfügung gestellt werden.

Links wirkt - Mindestlohn bei städtischen Gesellschaften beschlossen

Der Entscheidung war eine in Teilen heftige Debatte vorangegangen, in die sich auch Landes- und Bundespolitiker eingebracht hatten. Fraktionsvize Henning Foerster machte deutlich, dass es von Anfang nicht um die Frage des „Ob“ sondern des „Wie“ ging. Festzustellen bleibt, dass sich der Antrag der Linksfraktion am Ende durchgesetzt hat. Foerster forderte die CDU/FDP Fraktion auf, über ihren Schatten zu springen und ebenfalls für den Antrag zu stimmen. Schwerins Konservative mochten sich dem aber ebenso wenig anschließen, wie die FDP. Deren Vertreter war noch im Parteitagsmodus und hielt eine flammende Rede gegen jede staatliche Einmischung in Fragen der Lohngestaltung.

Schuldenstand öffentlich machen ja – Vermögensentwicklung darstellen nein

Andre Walther verwies noch einmal auf den Zusammenhang zwischen der Vermögensentwicklung und dem Schuldenstand kommunaler Haushalte. Während das reichste Zehntel der Gesellschaft sich 66,6 Prozent des Vermögens teilt, besitzt ein Großteil gar nichts. Der Verzicht auf eine Vermögenssteuer und die Beibehaltung des aktuellen Spitzensteuersatzes enthalten dem Staatshaushalt Milliarden vor. Statt endlich die Einnahmen zu erhöhen und Vermögende an den gesellschaftlichen Kosten angemessen zu beteiligen, wird allerorten, so auch in Schwerin Verzicht gepredigt. Mit Sparen hat das nichts zu tun, tatsächlich geht es um die Kürzung von Leistungen! Trotzdem lehnte die Mehrheit in der Stadtvertretung den Vorschlag ab. Stattdessen wird jetzt eine Schuldenuhr im Foyer des Stadthauses aufgehängt.

Entwicklungskonzept für Schleswig Holstein Haus abgelehnt

Walther Lederer stellte den Stadtvertretern die Frage, wie ernst sie ihren Fachausschuss für Schule, Kultur und Sport eigentlich nehmen. Dieser hatte am 20. Februar abschließend für das Entwicklungskonzept votiert. Mit der Entscheidung das Haus zu privatisieren, würden nunmehr 54 Seiten einfach in den Skat gedrückt. Er erinnerte auch daran, dass sich aus der Gründungsgeschichte des Hauses und dem dafür gezahlten Geld, zum Beispiel vom Land Schleswig Holstein, Zweckbindungen für die Nutzung als soziokulturelles Zentrum ableiten.

Einen freien Träger zu finden, der das Haus mit nur 100.000 EUR Zuschuss betreibt, ist angesichts auflaufender Betriebskosten von 180.000 EUR mehr als fraglich. Es half nichts, eine knappe Mehrheit votierte gegen das Konzept. Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen. Dann muss man die Wähler in der Schelfstadt daran erinnern, wer ihre „Kulturmeile“ geschliffen hat.

Wasser ist Menschenrecht – EU Richtlinie zur Privatisierung ablehnen

DIE LINKE in der Stadtvertretung fordert, dass Wasser Allgemeingut bleibt. Fraktionsvize Henning Foerster hatte sich mit den Grünen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Mehr als 1,2 Millionen EU – Bürger haben für das Anliegen einer europäischen Bürgerinitiative unterschrieben. Diese fordert einen Gesetzentwurf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend den Vorgaben der UNO sicherstellt und eine Umkehr vom derzeitigen Weg ständig neuer Liberalisierungsversuche bedeuten würde. Warum? Würde die EU - Richtlinie wie geplant in Kraft treten, würde der Handlungsspielraum der Kommunen eingeschränkt. Ab einer Umsatzhöhe von 8 Millionen EUR müsste die Wasserversorgung europaweit ausgeschrieben werden. Die Ausnahmen sind nach Ansicht von Experten juristisch kompliziert und kaum zu erfüllen. Die Absicht dahinter ist klar- der Markt soll für große Konzerne geöffnet werden. Angeblich braucht sich niemand Sorgen zu machen. Die Befürworter sagen, Wasser wird nicht teurer oder schlechter, der Markt wird es schon richten. DIE LINKE hält dagegen, „Wasser ist Leben, Wasser ist Menschenrecht, Wasser ist ein öffentliches Eigentum, Eigentum verpflichtet und der Gebrauch des Eigentums soll der Allgemeinheit dienen. Wird die Wasserversorgung privatisiert, ist fraglich, wem sich das Aktienunternehmen mehr verpflichtet fühlt, dem Wohl der Allgemeinheit oder dem Wohl seiner Aktionäre?! Die Stadtvertreter votierten für den gemeinsamen Antrag.

Stadtbibliothek zieht in Schweriner Höfe

Nach fast einjähriger Debatte hat die Stadtvertretung den Umzug der Bibliothek in die Schweriner Höfe beschlossen. Damit bleibt die Einrichtung im Zentrum der Landeshauptstadt und wird durch ihren Publikumsverkehr zur Belebung der Höfe beitragen. Das ursprüngliche Vorhaben eines Neubaus am alten Standort war an den finanziellen Vorgaben gescheitert.

Laufhalle wird wieder aufgebaut

Ein guter Tag für den Sport, speziell für die Leichtathletik in Schwerin. Die abgebrannte Laufhalle wird nun wieder aufgebaut. Damit verbessern sich die Trainings- und Wettkampfbedingungen für die Leichtathleten nachhaltig. Viele Schwerinerinnen und Schweriner hatten die schwierige Übergangsphase durch Spenden unterstützt.

Weitere Beschlüsse

Beschlossen wurden zudem eine neue Friedhofs- und Verwaltungsgebührensatzung, die Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens mit dem Landkreis Ludwigslust – Parchim als Anstalt öffentlichen Rechts im Bereich der IT – Leistungen und das Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt.